

Der Freisinn

FDP

Nr. 3
März 1988
10. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zur Lage der Schweizer Wirtschaft

Auch in Zukunft am Ball?

Wie steht es um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz? Eine Frage, die angesichts der Aufwertung des Schweizerfrankens vor allem gegenüber dem Dollar wieder häufiger gestellt wird und der dieser Beitrag nachgeht:

Das Thema Wettbewerbsfähigkeit ist für unser rohstoffarmes Land von grösster Bedeutung, denn die Erhaltung und Mehrung des Wohlstandes unserer Bevölkerung hängt auf Gedeih und Verderb von ihrer Arbeit, ihrem Erfindergeist und mithin vom Erfolg ihrer Güter und Dienstleistungen auf den Weltmärkten ab.

Einige charakteristische Wettbewerbsfaktoren

Ein ins Gewicht fallendes Element der Wettbewerbsfähigkeit auf den Absatzmärkten ist zweifellos der Wechselkurs. Für viele Exporteure bedeutet der Höhenflug des Frankens eine Erschwerung ihrer Geschäftsmöglichkeiten. So lag der mit den schweizerischen Exporten in 15 wichtige Abnehmerstaaten gewichtete Index von Fremdwährungskursen des Schweizerfrankens um rund 50 Prozent höher als vor 10 Jahren. Dass ein derart massiver nomineller Wertanstieg unserer Währung nicht so ohne weiteres zu verdauen ist, liegt auf der Hand. Es ist daher verständlich, dass man sich in der Industrie da und dort die Verlagerung der Produktion ins Ausland überlegt, zumal die Gelegenheit für Akquisitionen im Ausland derzeit besser

denn je ist. Allerdings sind jene Firmen von der Frankenaufwertung weniger betroffen, die hochwertige Spezialprodukte anbieten. Wer schliesslich relativ wenig in den von der Frankenaufwertung besonders berührten Dollarraum exportiert, in den wichtigsten ausländischen Absatzmärkten mit eigenen Produktionsanlagen vertreten ist oder stark von Importverbilligungen profitieren kann, befindet sich ebenfalls in einer komfortablen Lage. Dennoch sind erhöhte Anstrengungen zur Erhaltung und zum Ausbau erreichter Positionen vonnöten.

Hohe Investitionsintensität

Erfreulicherweise zeichnet sich unser Land durch eine hohe Investitionsintensität aus, welche ein Indikator für die Dynamik und Selbsterneuerungskraft einer Volkswirtschaft ist. 1986 betrug der Anteil der Anlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandprodukt (BIP) bei leicht steigender Tendenz knapp 24,3 Prozent. Die Schweiz erreichte damit im Vergleich zu den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sowie Japan und den USA hinter Japan (28,5 Prozent) die zweithöchste Anlageinvestitionsquote. Dabei entfielen rund ein Drittel

der Anlageinvestitionen auf Ausrüstungen wie zum Beispiel Maschinen und Apparate. Ferner lassen sich auch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich sehen.

1986 entfielen gemäss dem neuesten Bericht des Vororts über «Forschung und Entwicklung in der schweizerischen Privatwirtschaft 1986» mit 4,9 Milliarden Franken 2,6 Prozent des BIP auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben, wovon die Privatwirtschaft drei Viertel beisteuerte. Damit lag die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin in der Spitzengruppe. Positiv auf die Höhe der Investitions-, Forschungs- und Entwicklungsausgaben wirken sich in der Schweiz sicher die im internationalen Vergleich niedrigen Kapitalkosten aus. Günstig wird das Investitionsklima auch durch den vorherrschenden Arbeitsfrieden beeinflusst.

Negative Faktoren...

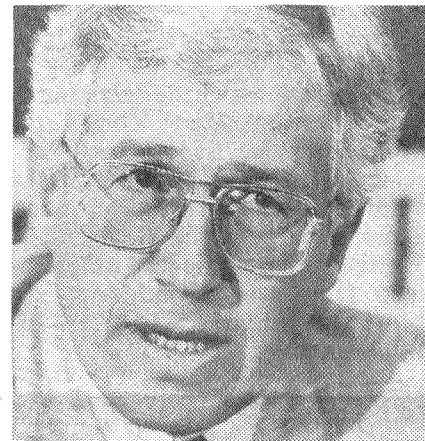
Dem stehen nun aber etliche die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigende Faktoren gegenüber. Dazu gehören zunächst die Arbeitskosten. Die Schweiz zählt diesbezüglich weltweit zu den teuersten Produktionsstandorten. Mitverantwortlich für diese Entwicklung sind die stark gestiegenen Lohnnebenkosten. Kontraproduktiv für die Wettbewerbskraft ist ferner die gewerkschaftliche Forderung nach einer auf Gesetzesebene vorzunehmenden stufenweisen Reduktion der Arbeitszeit ohne Lohneinbusse. Die auf die Markterfordernisse Rücksicht nehmende flexible Weitergabe

Fortsetzung auf Seite 2

Raumplanung und die Grundwerte unserer Gesellschaft

Mitwelt, nicht Umwelt

Der Raumplanungsbericht des Bundesrates, der im Ständerat in der Märzsession durchwegs gute Noten erhielt, gibt nach Ansicht von Ständerat Prof. René Rhinow (FDP, BL) auch willkommenen Anlass, das Verhältnis der Raumplanung zu einzelnen Grundwerten unserer Gemeinschaft zu beleuchten.



frei zu entscheiden. Es gilt also, den Blick bei der Interessenabwägung heute zu weiten auf die Zukunft oder die Nachwelt. Und bei irreversiblen Entscheidungen sollten wir ganz besonders vorsichtig, eben haushälterisch mit dem Boden umgehen.

Raumplanung als präventiver Umweltschutz

Der Bericht macht mit Recht auf den Zusammenhang zwischen Raumplanung und Umweltschutz aufmerksam. Raumplanung ist präventiver Umweltschutz; hier müssen Natur und Landschaft nachhaltig und grossflächig geschützt und die Grundlagen für die Vermeidung von unnötigen Umweltbelastungen geschaffen werden. Vorsorge statt Reparatur muss unsere Leitlinie sein. Deshalb gehörte die Umweltverträglichkeitsprüfung des Umweltschutzgesetzes in einigen Fällen bereits zu den raumplanerischen Massnahmen, nicht erst zu den konkreten Bauvorhaben.

Doch gelingt diese Aufgabe letztlich nur, wenn wir alle ein verändertes Verhältnis zur Umwelt und ein entsprechendes Verhalten gewinnen. Wir müssen unsere anthropozentrische Haltung ablegen. Wir sind als Menschen nicht der Mittelpunkt des Kosmos. Natur und Umwelt gehören uns nicht, stehen nicht zu unserer freien Verfügung. Wir brauchen mehr Achtung, mehr Respekt vor allem Natürlichem und Kreatürlichem. Statt von Umwelt sollten wir deshalb von *Mitwelt* sprechen. Statt zu fragen, wo und warum ein Eingriff in Natur und Mitwelt ausnahmsweise verboten sei, sollten wir den Spieß umdrehen und alle diese Eingriffe rechtfertigen müssen. Freiheit und Würde des Menschen, unser höchstes Gut, kann und darf die Beliebigkeit der Umweltzerstörung nicht mit einschliessen.

Dabei geht es vor allem um Freiheit, Umweltschutz und Demokratie, drei Grundwerte, welche von der Raumplanung angestrebt werden, mit dieser aber auch in Konflikt geraten können.

Freiheitsbeschränkung und Freiheitsschutz

Raumplanung wird oft als Einschränkung von Freiheitsrechten, insbesondere der Eigentumsgarantie, gesehen. In der Praxis ist dies freilich oft so: Raumplanungsmassnahmen erscheinen als Schranke der Eigentumsgarantie. Aber diese Sicht ist zu eng. Einmal bedarf die Nutzung des Bodens in aller Regel vorbereitender, ordnender und erschliessender Vorkehrungen des Gemeinwesens. Die Raumplanung ist also auch eine Grundlage der Freiheitsausübung. Sodann strebt die Raumplanung weitgehend auch den Schutz der Freiheit unserer Nachkommen an. Raumplanung ist generationenverbindend und freiheitsfördernd. Generationenverbindend, weil sie anknüpft an gewachsene Strukturen und Weichen stellt für künftige Ordnungen und Entwicklungen. Wir profitieren oder leiden unter den Taten unserer Väter und Mütter. Und wir entscheiden heute nicht nur für uns, für unsere Nutzung, sondern auch für diejenige unserer Kinder.

Nachweltschutz immer wichtiger

Von grundsätzlicher Bedeutung erweist sich die Irreversibilität vieler Entwicklungen in diesem Bereich: Was überbaut ist, was in Natur und Landschaft zerstört wird, kann von künftigen Generationen in aller Regel nicht wieder rückgängig gemacht werden. Insofern ist Raumplanung auch künftiger Freiheitsschutz: Schutz der Freiheit der Nachwelt, über die Nutzung des Bodens neu und

Spannungsfelder zwischen Raumplanung und Demokratie

Raumplanung und Demokratie stehen in einem ambivalenten Verhältnis zueinander. Einerseits sagt der bundesrätliche Bericht vollkommen zu Recht, dass der Dialog zwischen Behörden, Bevölkerung und Wirtschaft unerlässlich sei und die geschaffene Ordnung vom Volk getragen werden müsse. Raumplanung bedarf

Fortsetzung auf Seite 4



Vor einer Sitzung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung: Bundesrätin Elisabeth Kopp unterhält sich mit Nationalrätin Lili Nabholz. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz im Gespräch mit Nationalrat Ernst Mühlemann (rechts) und einem seiner Mitarbeiter. Rechts im Bild Fraktionspräsident Ulrich Bremi und FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger. (Photo ruti)

Ein Beitrag zur Diskussion

Umstrittener Hypothekarzins

Gegenwärtig ist eine Auseinandersetzung um die Höhe des Hypothekarsatzes im Gange. Dazu ein Beitrag zur Diskussion von Dr. Jörg Boller, heute selbständiger Unternehmensberater, früher Mitglied der Direktion des Schweizerischen Bankvereins in Basel:

Da der Zins in der Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungsaufgabe hat, kommt ihm ein besonderer Stellenwert zu. Der Zins sorgt in erster Linie dafür, dass Geld und Kapital in ausreichender Menge für die verschiedensten Verwendungszwecke zur Verfügung stehen. Die Höhe des Zinses beziehungsweise der Preis für die zeitweilige Überlassung von Kapital wird in einer freien Wirtschaft grundsätzlich durch den Markt bestimmt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist im Sinne ihres Gesetzauftrages bemüht, die Preise nach Möglichkeit stabil zu halten. Wichtigstes Mittel zur Erreichung dieses stabilitätspolitischen Ziels ist die Festsetzung der Geldmenge.

Nationalbank für Stabilität besorgt

Die SNB-Stabilitätspolitik sorgt damit auch für eine möglichst ruhige und günstige Zinsentwicklung. Eingriffe in diesen äusserst sensiblen Markt, wie sie beispielsweise die neue Preisüberwachungsinitiative verlangt, hätten Verzerrungen zur Folge, die zu schwerwiegenden Ungleichgewichten führen könnten.

Gelegentlich wird versucht, die sogenannten Zinskonvenien als wettbewerbsbehindernde Absprache unter den Banken abzuqualifizieren. Damit wird auch die Forderung einer Überwachung des Hypothekarsatzes, des politisch wohl brisantesten Zinses in unserem Land, gerechtfertigt.

Die Funktion der Zinskonvenien

Gegenüber dieser Behauptung gilt es festzuhalten, dass die Zinskonvenien schweizerischer Prägung keinen signifikanten Einfluss auf die Zinsgestaltung haben, da ihre Aufgabe mehr konstatierender Art ist. In diesem Sinne spielt das Konvenium nicht die Rolle eines

Kartells, sondern diejenige eines Preisführers bei einem sich am freien Markt herausbildenden Zinssatz. Die Zinskonvenien gewährleisten zudem die Einhaltung einer gewissen Bandbreite bei der Anpassung des Zinses an die Marktverhältnisse und eine gemeinsame Reaktion bei einer Änderung dieser Sätze. Signifikanten und dauerhaften Unterschieden der Zinssätze zwischen den ein-

Parteitag

der FDP der Schweiz
am 22./23. April in Lugano

zelnen Märkten begegnet man im übrigen nur ausnahmsweise. Dies betrifft insbesondere auch die Kredite, deren Geschäftsvolumen auf den regionalen Märkten beschränkt ist, wobei sich die offerierten Bedingungen nur wenig unterscheiden und sich eher auf Nebenleistungen beschränken.

Die oft lautstark geforderte Abschaffung der Konvenien und Konventionen würde zweifellos den unerwünschten Konzentrationsprozess im Bankgewerbe beschleunigen, da es für einzelne Institute ein leichtes wäre, einzelne Zinssätze für einzelne Sparten aus Wettbewerbsgründen zu unterbieten. Dies würde indessen zur Marktverdrängung kleinerer Institute führen, die kaum in der Lage wären, in diesem Teilmarkt zu bestehen.

Echter Wettbewerb auf dem Hypothekarmarkt

Der Wettbewerb unter den Banken findet weniger über den marktmässig bestimmten Zinssatz, als vielmehr über die mit dem Hypothekargeschäft verbundenen Nebenleistungen und Konditionen statt. Beleihungshöhe,

und Joint ventures. Dies nützt jedoch alles nicht viel, wenn keine klaren, langfristig ausgerichteten Unternehmenskonzepte sowie der jeweiligen Unternehmensentwicklung angepasste Organisationsstrukturen vorliegen. Dieser Aspekt müsste in zahlreichen Firmen vermehrte Beachtung finden. Die Erarbeitung von zukunftsweisenden Unternehmenskonzepten und Innovationen erfordert aber einen genügenden Nachwuchs an dynamischen und risikofreudigen Unternehmerpersönlichkeiten. Sie sind auch eine entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz von Risikokapital.

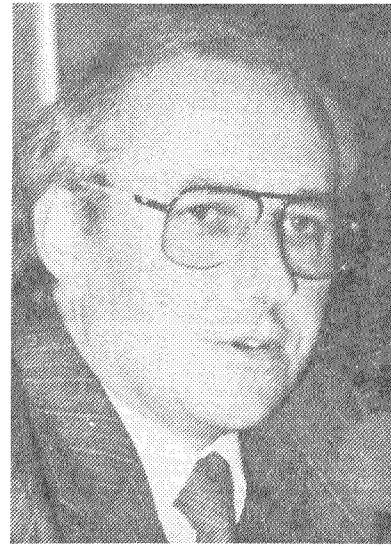
Schliesslich drängt sich auch eine Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen auf. So wären insbesondere fiskalische Hemmnisse wie die Doppelbesteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionär sowie die Taxe occulte zu beseitigen. Neben den hier behandelten gibt es selbstverständlich noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren, von welchen die Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft abhängt. Dazu gehören etwa eine ausreichende Energieversorgung sowie die optimale Gestaltung des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft – Aufgaben, zu deren Lösung sowohl staatliche Impulse als auch die Mitarbeit der Privatwirtschaft erforderlich sind.

Missachteter Volkswille im Nationalrat

Das Volk sagt Nein, «Bern» Ja

Zu Beginn der März-Session hat es der Nationalrat bei der Revision der Kündigungsschutzbestimmungen im Obligationenrecht (OR) abgelehnt, den Artikel über den Kündigungsschutz bei Schwangerschaft an die Kommission zur materiellen Behandlung und zur Antragstellung an das Ratsplenum zurückzuweisen. Ich bedaure diesen Beschluss, weil damit rechtliche Bedenken sowie – und das scheint mir besonders wichtig – staatspolitische Erwägungen auf die Seite geschoben wurden. Ich reichte meinen Rückweisungsantrag deshalb ein, weil beide Kammern der eidgenössischen Räte die Kündigungsschutzregelung für Schwangere wohl bei der Beratung des Kranken- und Mutterschaftsversicherungs-gesetzes (KMVG) diskutierten und verabschiedeten, dieses jedoch vom Souverän am 6. Dezember des vergangenen Jahres massiv abgelehnt wurde.

Bei der Revision der OR-Kündigungsschutzbestimmungen wurde ein gleichlautender Artikel über den erweiterten Schutz der Schwangeren aufgenommen. Danach kann diesen während 16 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht gekündigt werden. Dieser Paragraph wurde jedoch im Rahmen dieser OR-Revision nie materiell diskutiert – weder in den Kommissionen noch in den Räten. Nach dem Nein vom 6. Dezember wäre es Pflicht der vorberatenden Kommissionen, auf diese



Schutzvorschrift materiell zurückzukommen, diese zu behandeln und zuhanden beider Räte Antrag zu stellen. Bei den Beratungen müsste dem Ergebnis der KMVG-Abstimmung Rechnung getragen werden.

Im Parlament haben zwei verschiedene Kommissionen zweier verschiedener Departemente den hier zur Diskussion stehenden Fragenkomplex in einen gleichlautenden, in zwei Gesetze aufzunehmenden Text gefasst. Für die Gutmütigen mag diese ein Zufall sein. Sollte es zum System werden, in einem Gesetz abgelehnte Normen gleichlautend in einem andern Gesetz aufzunehmen, so halte ich eine solche Entwicklung und eine solche Politik für bedenklich. Wir kennen für dieses Vorgehen bereits einen Parallelfall:

Die Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) wurde zusammen mit dem Antrag auf Schaffung eines Konsumkreditgesetzes behandelt. Dabei fanden in beiden Gesetzen gleiche Normen Aufnahme. Das UWG wurde in Kraft gesetzt, das Konsumkreditgesetz scheiterte in den eidgenössischen Räten. Nun müssen wir die sich auf den Konsumkredit beziehenden Bestimmungen wieder aus dem UWG entfernen...

Weit mehr jedoch als rechtssystematische Überlegungen stört mich die Missachtung des Volkswillens. Die Stimmberechtigten haben am 6. Dezember den vorgeschlagenen Kündigungsschutz für Schwangere mit unmissverständlicher Klarheit abgelehnt. Wenn wir dem Ausspruch Auftrieb verleihen wollen, wonach die in Bern ja ohnehin machen, was sie wollen, so müssen wir nur weiter so politisieren: Das Volk lehnt eine Vorlage ab, das Parlament bringt Wochen später die gleichen Bestimmungen in einem anderen Gesetz – ohne den Artikel auf Grund der veränderten politischen Ausgangslage nochmals zu erörtern. Jene, die meinen Rückweisungsantrag abgelehnt haben, mit dem sowohl rechtlichen Bedenken Nachachtung verschafft worden wäre wie aber auch die Möglichkeit bestanden hätte, den Willen des Souveräns zu respektieren, sollen sich nie mehr über die zunehmende Stimmabstimmungslosigkeit beklagen!

Hans-Rudolf Früh,
Nationalrat (FDP), Bülher AR

Amortisationspflicht oder auch etwa der Kundenservice werden bei gleichem Zinssatz in diesem hart umkämpften Markt von den einzelnen Bankinstituten recht unterschiedlich gehandhabt, was sicherlich Beweis genug für einen echten Wettbewerb in dieser Geschäftssparte ist. Im Hypothekargeschäft konkurrenzieren sich mindestens 250 Banken verschiedenster Kategorien. Hinzu kommen über 1200 Caisses de Crédit mutuel und Raiffeisenkassen. Am Wettbewerb um den Hypothekarmarkt beteiligen sich im weiteren aber auch zahlreiche institutionelle Investoren, wie Versicherungen und Pensionskassen, die sich in der Regel ebenfalls auf den marktmässig gebildeten Zinssatz ausrichten.

Gefahr eines grauen Marktes

Jeder Eingriff in diesen vom Markt bestimmten Zinsmechanismus hätte tiefgreifende Konsequenzen. Eine Zementierung des Hypothekarzinses hätte beispielsweise Auswirkungen auf das Spargeldsortiment, das in erster Linie der Refinanzierung der Hypotheken dient. Der Sparer würde durch ein willkürliches Tiefhaltendes des Hypothekarsatzes bestraft, da in diesem Falle auch die Sätze der Spargelder nach unten korrigiert werden müssten. Auf der anderen Seite würden die Passivgelder in andere, höher rentierende Anlagen umgeleitet, was zu einer Verknappung der für den Hypothekarmarkt bestimmten Mittel führen müsste. Die Folge dieser willkürlichen Intervention wäre die Entstehung eines «grauen Marktes», der in der Regel völlig unübersichtliche Formen annimmt.

Dazu kommt, dass mit einer spürbaren Zurückhaltung bei den Zusagen für Hypotheken gerechnet werden müsste, was zwangsläufig zu einer unerwünschten Kapazitätsverlagerung innerhalb der schweizerischen Bauwirtschaft führen dürfte. Strukturveränderung des Bankgewerbes und der Bauwirtschaft liegen aber wohl kaum im Interesse einer stabilen Wirtschaftsentwicklung.

Unterschiedliches Echo zum Legislaturbericht

Stellungnahmen der freisinnigen Fraktion

Auf ein unterschiedliches Echo stiess der Bericht über die Legislaturplanung 1987-91 in der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. In ihm wurden sowohl positive, zu begrüssende Absichten wie aber auch solche registriert, gegenüber denen Vorbehalte anzubringen sind.

Im weiteren sprach sich die Fraktion für die vorübergehende Erhöhung der Zahl der Ersatzrichter am Bundesgericht aus. Keine Gnade fanden in der freisinnigen Fraktion verschiedene parlamentarische Initiativen.

Die FDP-Fraktion führte einen ersten Meinungsaustausch über den Legislaturplan durch,

um zuhanden der Kommissionsmitglieder die Haltung der freisinnigen Parlamentarier zu erkunden.

Nach der Beratung des Berichtes in den Kommissionen beider Räte wird die Fraktion vor der Juni-Session dazu einzeln Stellung beziehen. Einzelne Teile des Berichtes wurden in der Diskussion als unausgegoren bezeichnet und eine stärkere Prioritätensetzung gefordert.

Die Fraktion will zudem nicht nur wie der Bundesrat eine «möglichst stabile» Staatsquote, sondern verlangt längerfristig deren Reduktion.



Ständerat Kaspar Villiger (LU) im Gespräch mit freisinnigen Fraktionskollegen: dem Zuger Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (links) sowie dem Zürcher Volksvertreter Peter Spälti. (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 1

von Produktivitätsfortschritten in Form von Arbeitszeitverkürzungen würde den Unternehmungen verunmöglicht. Gerade angesichts des teuren Frankens könnte dies den Verlust von in langen Jahren aufgebauten Marktpositionen zur Folge haben. Gefährdet wird die Wettbewerbsfähigkeit sodann durch den Mangel an Fachkräften, insbesondere Ingenieuren. Hier bestehen hingegen noch gewisse unausgeschöpfte Potentiale, die unter anderem durch eine gezieltere Information über Berufsmöglichkeiten oder ein vermehrtes Interesse der Frauen an entsprechenden Mangelberufen erschliessbar wären.

Wettbewerbsfähigkeit kein Ruhekitzen

Die Erhaltung und der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit erfordern einen kontinuierlichen Einsatz. Vor allem stark exportorientierte Betriebe werden noch vermehrtes Gewicht auf massgeschneiderte Produkte mit hohem Spezialisierungsgrad legen müssen. Ferner haben sich die Unternehmungen zu überlegen, wie sie grösstmögliche Markt- und Kundennähe gewährleisten können. Von vielen Firmen verlangt dies eine selektive Internationalisierung mittels Vertretungen, Verkaufs-, Fabrikationsgesellschaften

Pressekommentare zum Bericht «Zukunft der AHV»

«Mut», «ohne Umschweife», «Abbauer»

Sehr unterschiedliche Kommentare haben in der Presse die Vorstellungen der freisinnigen Arbeitsgruppe über die «Zukunft der AHV» ausgelöst. Unwirsch reagiert hat die politische Konkurrenz: CVP und SP. Andererseits sprach die Liberale Partei der Schweiz von einer «vielversprechenden Idee». Nachstehend einige Auszüge aus der Deutschschweizer Presse.

Die «*Luzerner Neuesten Nachrichten*» titelten ihren Kommentar mit «Radikales Denken» und hielten fest: «Die FDP zeigt Mut zu radikalem Denken. Nicht mehr und nicht weniger. Sie beansprucht für sich nur das, was die SP im vergangenen Nationalratswahlkampf auch getan hat: klare Forderungen anzumelden, deutlich die eigene Position zu markieren. Mag sein, dass die Freisinnigen ihr Modell etwas eckiger und kantiger ausgestaltet haben als ursprünglich vorgesehen. Denn bei den Wahlen vom Herbst 1987 zeigte sich überdeutlich, dass den sozialdemokratischen AHV-Vorstellungen nicht jener Zauber innewohnt, den sich die Genossen erhofft hatten. Ob das freisinnige Modell erfolgreicher ist, wird sich zeigen.»

«Hartes Seilziehen»

Der Frage der langfristigen Sicherung des grössten schweizerischen Sozialversicherungswerkes nahmen sich verschiedene Berichterstatteter an. So das «*St. Galler Tagblatt*»: «Die 10. AHV-Revision dürfte zu einem harten Seilziehen werden. Dabei stellt sich die Frage, was wir wollen, einen weiteren Leistungsaufbau der AHV, der mehr Steuergelder und Lohnprozente kostet, gemäss Vorschlägen der Linken, oder eine Langzeitfinanzierung ohne neue Lohnprozente laut FDP-Vorschlag. Für Herrn und Frau Schweizer dürften weder frühere noch höhere, sondern gesicherte AHV-Leistungen im Vordergrund stehen.»

Gegen AHV-Spiel

Auf die demographischen Schwierigkeiten weist das «*Badener Tagblatt*» hin: «Angesichts der ungewissen demographischen Entwicklung nach der Jahrtausendwende kann und darf mit dem wichtigsten Sozialwerk aber kein Spiel getrieben werden. Wer heute glaubt, die AHV der Zukunft könne Geschenke machen, den Fünfer und das Weggli bieten, der irrt. Massvolle Schritte nach vorn können nur bei Rücksicht auf vorhandene Ressourcen ermöglicht werden. Dieser Massstab gilt auch für die Zukunft unserer Altersvorsorge. Sozialpolitische Utopien mit drastischer Kürzung des Rentenalters haben darin kaum Platz. Die bürgerlichen Parteien haben Möglichkeiten von gerechten und zeitgemässen Lösungen präsentiert. Am Bundesrat liegt es nun, den längst versprochenen konsensfähigen Weg zu präsentieren.»

«Keine Geschenke» können gemäss «*Bieler Tagblatt*» bei der AHV mehr gemacht werden: «In der Tendenz ist das FDP-Modell aussagekräftig. Klar wird darin

veranschaulicht, dass in der AHV keine Geschenke mehr gemacht werden können. Verbesserungen wie geschlechtsunabhängige Rentenansprüche oder das flexible Rentenalter sind nur möglich, wenn anderswo – vor allem beim Rentenalter der Frauen – Opfer gebracht werden.»

In Argumentationsnotstand geriet die SP-Presse, die Zuflucht zu klassenkämpferischen Parolen nehmen musste. So heisst es etwa in der «*Berner Tagwacht*»: «Unter dem Titel «Gleichberechtigung» nehmen die Freisinnigen einen neuen Anlauf, den sozialen Gehalt der AHV zugunsten der Bestverdienenden nach vierzigjährigem Bemühen endlich abzubauen. Das Ganze, das ist freisinnige Kochkunst, wird mit dem Nidel der Gleichbehandlung garniert.»

«Unerwartet reformfreudig»

Welches Rentenalter für die Frauen? Dieser Frage gingen verschiedene Kommentatoren nach. So das «*Vaterland*»: «Weil die Kostenneutralität in der Sozialpolitik zurzeit als oberster Massstab gilt, werden auch die Frauen nicht darum herumkommen, einer Erhöhung ihres Rentenalters zuzustimmen. Denn die zahlreichen Verbesserungen, von denen gerade Frauen profitieren werden, vermögen diesen Nachteil aufzuwiegen.»

Von einer «bitteren Pille» schreibt der «*Bund*»: «Hofft die FDP-Arbeitsgruppe, dass die Frauen die bittere Pille (der Erhöhung des Rentenalters) eher schlucken, wenn ihnen die konsequente Gleichstellung im AHV-System mitserviert wird? In der Frage der Gleichstellung präsentiert sich ihr Modell jedenfalls fast unerwartet reformfreudig. Für einmal decken sich Ideen aus dem freisinnigen Lager sogar mit jenen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Etwas im Abseits steht im Moment der Bundesrat, der bis jetzt von einem Systemwechsel nichts wissen wollte.»

Die «*Neue Zürcher Zeitung*» registriert den «richtigen Zeitpunkt für die Gleichstellung»: «Die angesichts der zu erwartenden Überalterung notwendige Heraussetzung des Rentenalters der Frauen kann ihnen jedoch nicht zugemutet werden, solange sie nicht dieselben Ansprüche geltend machen und dieselben Leistungen auslösen können wie die Männer. Ein Systemwechsel dient deshalb letztlich auch als Wegbereiter zur Bewältigung der demographischen Probleme. Allerdings müssten dazu SP und Gewerkschaften sowie manche Frauen einsehen, dass die erste Säule keine weitere Mehrbelastung der Beitragspflichtigen zulässt. Die Erhöhung des Rentenalters ist einerseits aus demographischen Gründen unabdingbar und andererseits lediglich bei Erfüllung der Frauenpostulate zumutbar. Was spricht dagegen, die konsequente Gleichbehandlung von Mann und Frau jetzt an die Hand zu nehmen?»

«Herausfordernde Nachricht»

Auf die Gleichberechtigungsfrage wird im «*Oltner Tagblatt*» eingegangen: «Die FDP brachte den Frauen nebst erfreulichen auch

eine herausfordernde Nachricht: Noch entschiedener als die Frauenkommission macht sie sich für die Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 65 Jahre stark. Und wenn die FDP schon daran erinnert, dass das Pensionierungsalter ursprünglich für beide Geschlechter bei 65 Jahren lag und die Frauen erst in den fünfziger und sechziger Jahren in zwei Stufen privilegiert wurden, sei beigefügt, dass nur wenige Industrieländer unterschiedliche Pensionierungsalter kennen. Gegen ein gleiches Rentenalter für Mann und Frau lässt sich kaum etwas Vernünftiges einwenden; biologische Unterschiede wird wohl niemand bemühen wollen, nachdem Argumente dieser Art schon in der Diskussion um die Gleichberechtigung in Schule und Beruf nicht mehr gestochen haben. Der Hase liegt ohnehin in einem anderen Pfeffer: Erstmals in solchem Ausmass sind nun die Frauen aufgerufen, Federn zu lassen, um der Gleichberechtigung zum Durchbruch zu verhelfen; die zur Verwirklichung der Frauenpostulate notwendigen Strukturänderungen haben eben

ihren Preis. Denn eines ist gewiss: für die scheinbar «eleganter» Lösung, nämlich das AHV-Alter der Männer zu senken, fehlt schlicht das Geld – es sei denn, das Prinzip der Kostenneutralität werde geopfert, wofür die Zeichen schlecht stehen.»

«So geht es nicht», meint der «*Tages-Anzeiger*» und schreibt weiter: «Auf eine solche Politik wollen wir uns nicht einlassen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben sich in den letzten Jahren in repräsentativen Umfragen immer wieder für ein tieferes Rentenalter der Männer ausgesprochen. Sie sind auch in der Lage, dafür aufzukommen. Nötigenfalls lassen sich neue Finanzquellen finden, wie das der Bundesrat kürzlich in den Regierungsrichtlinien mit dem Hinweis auf die Wust antönte.» Anzumerken wäre hiezu, dass die Repräsentativität dieser sogenannten repräsentativen Umfragen nicht über alle Zweifel erhaben ist. Aber für den «*Tages-Anzeiger*» ist offensichtlich all das repräsentativ, was in sein politisches (Zerr-)Bild passt...

Anmerkungen zum AHV-Modell einer freisinnigen Arbeitsgruppe

Sozialpolitik mit dem Vorschlaghammer?

Die im Titel gestellte Frage ist – nach den Stellungnahmen in verschiedenen Zeitungen im Nachgang zur Vorstellung des AHV-Modells einer freisinnigen Arbeitsgruppe zu urteilen – für einige Kommentatoren bereits beantwortet. Dazu einige Anmerkungen vom Sekretär der FDP des Kantons St. Gallen, Peter Weigelt:

Für einige Medienschaffende ist die FDP noch immer die Partei des sozialen Rückschritts. Die FDP will, gemäss Kommentaren in der SP-Presse, dem AHV-Baum die nach unten ausgebreiteten Fruchtzweige abschlagen und ihn zu einer Pappel werden lassen, welche lichtwärts zu den oberen Zehntausend wächst.

FDP – eine Volkspartei, die Verantwortung trägt

Wie falsch das oben gezeichnete Bild der FDP ist, beweist allein schon die Tatsache, dass die FDP mit Abstand die grösste Partei in unserem Lande ist. Die über 150 000 eingeschriebenen Mitglieder der FDP einfach den «oberen Zehntausend» zuzurechnen, ist doch etwas gar einfach. Vielmehr ist diese eindrückliche Mitgliederzahl ein klarer Beweis dafür, dass die FDP als echte Volkspartei ganzheitliche Positionen, welche auf einer Gesamtverantwortung gründen, in die schweizerische Politik einbringt. Dies gilt auch

für den nun teilweise sehr massiv kritisierten AHV-Revisions-Entwurf der freisinnigen Arbeitsgruppe. Nicht Schlagworte und Phantasiegebilde, sondern realistische Vorschläge im Rahmen des Möglichen bilden den Inhalt. Einen Inhalt übrigens, den die FDP-Gremien in den nächsten Wochen noch breit diskutieren werden.

Keine soziale Sicherheit ohne Selbstverantwortung

Die Grundlage für diese innerparteiliche Diskussion bilden freisinnige Leitlinien, welche die soziale Sicherheit als eine unerlässliche Basis für ein menschenwürdiges Leben und die Ausschöpfung der Chancen einer freiheitlichen Ordnung voraussetzen.

Der Stand der sozialen Sicherheit ist in der Schweiz nun unbestritten recht hoch, und die FDP ist bestrebt, diesen hohen Stand auch für die Zukunft zu sichern. Es ist deshalb für die FDP – als grösste und mitgliederstärkste



Kandidiert nochmals: FDP-Präsident Ständerat Dr. Bruno Hunziker (Photo ruti)

FDP-Präsident Hunziker kandidiert wieder

Rücktritte aus der Geschäftsleitung der Partei

Der Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Dr. Bruno Hunziker, stellt sich für eine Wiederwahl an der Spitze der grössten schweizerischen Partei zur Verfügung. Dies teilte er der Geschäftsleitung der FDP mit. Der Aargauer Ständerat hat dieses Amt seit 1984 inne. Der auf Mitte April angesetzte Parteitag der FDP der Schweiz hat statuten gemäss die leitenden Parteiorgane für eine neue, vierjährige Amtsperiode zu wählen.

Infolge der statutarischen Amtszeitbeschränkung auf acht Jahre scheidet Dr. Pierre Gygi (Bern) aus der Geschäftsleitung aus. Seinen Rücktritt aus diesem Gremium hat Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (Unterägeri ZG) angekündigt.

Die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz setzt sich zusammen aus elf frei gewählten Mitgliedern sowie den freisinnigen Bundesräten, dem Fraktionspräsidenten und dem Generalsekretär, die ihr von Amtes wegen angehören.

Partei der Schweiz – eine Selbstverständlichkeit, dass durch rechtzeitige Anpassungen an voraussehbare Entwicklungen das bisher Erreichte langfristig auch gesichert werden muss.

Der erwähnt hohe Stand der sozialen Sicherheit in unserem Staat erlaubt es, weitere Verbesserungen des Systems und die Erfüllung von hängigen Postulaten wie die im präsentierten AHV-Modell aufgezeigte Gleichstellung von Mann und Frau und das flexible Rentenalter gründlich und ohne Zeitdruck vorzubereiten.

Ebenso selbstverständlich ist es für die FDP aber auch, dass solche Postulate nicht ohne Mitberücksichtigung der sich abzeichnenden demographisch bedingten Finanzierungslücke verwirklicht werden können. Als staatstra-



Das AHV-Modell der freisinnigen Arbeitsgruppe wurde an einer stark beachteten Pressekonferenz vorgestellt. Daran nahmen von links: Dr. Herbert Lüthi, Christiane Langenberger-Jaeger, Nationalrätin Dr. Lili Nabholz, Dr. Hermann Walser (Präsident), Dr. Peter Binswanger, Dr. Stéphanie Mörkofer und Dr. Pierre Gygi (Sekretär). (Foto ruti)

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Ein Mitgestalter des AHV-Systems sagt Ja zum Modell der FDP-Arbeitsgruppe

Wie kommt es, dass jemand, der massgebend an der Schaffung der AHV mitgewirkt hat und von deren Güte überzeugt war, sich heute hinter ein Projekt stellt, das tiefgreifende strukturelle Änderungen am AHV-System vorsieht? Der in seiner Ende 1986 herausgekommene «Geschichte der AHV» die Möglichkeiten einer Gleichstellung von Mann und Frau sowie von Verheirateten und Alleinstehenden noch sehr skeptisch beurteilt hat, zwei Jahre später diese Gleichstellung in voller Kenntnis der Auswirkungen befürwortet? Der in zahlreichen Referaten und Schriften die Ehe- und Witwenfreundlichkeit der AHV gepriesen hat, heute der Abschaffung der Ehepaar-Altersrente und einer starken Einschränkung des Anspruchs auf Witwenrente zustimmt? Der nach jahrzehntelanger Erfahrung als Präsident einer AHV-Ausgleichskasse die Administration der AHV bestens kennt, zu einer Neuordnung Ja sagt, die notgedrungen ganz erhebliche administrative Schwierigkeiten mit sich bringt?



Dauer ausserhalb des geltenden Rechtes und der geltenden Sitten und Gebräuche stellen.

Ich konnte noch in meiner bereits erwähnten «Geschichte der AHV» mit Genugtuung schreiben, dass die AHV bisher ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt habe und ihr die Entwicklung von einer bescheidenen Basisversicherung zur existenzsichernden Versicherung ohne strukturelle Eingriffe gelungen sei, dem allerdings vorahnd beigefügt, sie scheine nun allerdings an gewisse Grenzen ihrer Anpassungsfähigkeit zu stossen. Diese Grenzen sind, wie ich im Laufe der Projektierung feststellen musste, eindeutig überschritten. Ohne strukturelle Änderungen geht es nicht mehr.

Eine Neuordnung, wie sie projektiert ist, kann nicht von einem Tag auf den andern erfolgen. Bei einem abrupten Übergang käme es zu unhaltbaren Schwierigkeiten sozialer und vor allem psychologischer Art. Eine Besitzesstandsklausel bezüglich aller bereits erworbenen Rentenansprüche einerseits und eine längere Übergangszeit für die Anpassung der neu entstehenden Ansprüche an die veränderten

ten Vorschriften andererseits sind unerlässliche Voraussetzungen dafür, dass die Umstellung ohne unzumutbare Härten und Ungerechtigkeiten durchgezogen werden kann. Die Projektverfasser haben daher viel Zeit und Sorgfalt für die Ausgestaltung einer Übergangsregelung verwendet, welche die mit jeder Umstellung notwendigerweise verbundenen Härten so mildert, dass sie für die Betroffenen noch zumutbar sind und von der Allgemeinheit als akzeptabel empfunden werden können.

Solche Übergangsregelungen verstärken die mit Systemwechseln unvermeidlich verbundenen administrativen Schwierigkeiten noch erheblich. Wegen der Besitzesstandsklausel werden zwei verschiedene Rentensysteme während 20 bis 30 Jahren nebeneinander geführt und wegen der schrittweisen, sich über Jahre hinziehenden Einführung der Neuregelungen relativ kurz aufeinanderfolgende Änderungen «verdaut» werden müssen. Nur mit umfassender Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung und unter Einsatz sehr qualifizierter Mitarbeiter werden die administrativen Schwierigkeiten in Grenzen gehalten werden können. Und man wird sich damit abfinden müssen, dass während der Übergangszeit nicht immer alles rund läuft.

Viele und vor allem Fachleute der Administration werden dem Projekt anfänglich mit grosser Skepsis begegnen, was durchaus zu begreifen ist. Man gibt nicht gerne etwas liebgewordenes, an das man sich jahrzehntelang gewöhnt hat, auf. Wer sich aber die Mühe nimmt, die Diskrepanz des vor 40 Jahren Geschaffenen mit den heutigen Realitäten zu erfassen, der wird sich – wie ich es musste – zur Erkenntnis durchringen, dass man nicht darum herumkommen wird, die AHV den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Dr. Peter Binswanger, Winterthur

Die AHV-Vorschläge der freisinnigen Arbeitsgruppe wurden zusammen mit erläuternden Beiträgen in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» publiziert. Dieses Heft, das in den nächsten Tagen erscheint, kann mit untenstehendem Talon bestellt werden. (Den Delegierten der FDP der Schweiz wird es zusammen mit den weiteren Unterlagen für den Parteitag 1988 automatisch zugestellt.)

ben von seinen Bürgern, von uns allen.

Dass die Finanzlage des Bundes aber prekär ist, trotz gegenwärtigen Einnahmeüberschüssen, pfeifen mittlerweile die Spatzen von den Dächern. Trotzdem werden dem Staat nach wie vor Aufgaben zugeschoben, die der Einzelne ebensogut selber lösen könnte. Die Begehrlichkeiten der Bürger gegenüber dem Staat sind nach wie vor gross. Diesbezüglich machen auch die bis heute präsentierten AHV-Revisionsvorschläge anderer politischer Gruppierungen keine Ausnahme, welche nebst einem massiven Leistungsausbau selbstverständlich auch eine Senkung des Pensionsalters fordern.

Doch trotz diesen schönen Worten von hüben und drüben darf nicht vergessen werden, dass der Staat keine Kuh ist, die im Himmel gefüttert wird und auf Erden gemolken werden kann. Vielmehr liegt es an jedem Einzelnen von uns, mit seiner Begehrlichkeit gegenüber unserem Staat masszuhalten.

Die AHV – für politische Profilierungssucht nicht geeignet

Bei einer Würdigung aller Zusammenhänge wird klar, dass die AHV im Interesse der heutigen und der künftigen Rentenbezüger unbedingt gesund und leistungsfähig erhalten bleiben muss. Angesichts der voraussehbaren Zunahme der Rentner im Verhältnis zur aktiven Bevölkerung in den neunziger Jahren sind daher die

Fortsetzung von Seite 1

der Mitwirkung des Volkes, muss auch von unten nach oben geschaffen, muss ausdiskutiert und nicht aufoktroiert werden. Der Nervus rerum liegt vor allem in der Gemeinde. Hier, bei der Nutzungsplanung, scheiden sich die Gemüter, prallen Interessengengensätze aufeinander, wehren sich Betroffene für ihre Nutzungschance. Hier kann es auch vorkommen, dass nicht alles so verläuft, wie sich dies der abstrakte Gesetzgeber vorgestellt hat.

Demokratie kann auch mühsam sein, schleppend, ja raumpolnerisch gesehen kontraproduktiv. Und trotzdem führt – auch hier – kein Weg an der demokratischen Ausmarchung und Verantwortung vorbei. Deshalb ist zu warnen vor zu viel Perfektionismus «von oben». Weitere Vollzugsmängel wären vorprogrammiert. Dennoch ist es Aufgabe der Behörden aller Stufen, zu handeln, zu informieren, Konsequenzen aufzuzeigen, Varianten vorzuschlagen und frühzeitig wie unablässig das Gespräch mit dem Volk zu suchen. Dies braucht Zeit. Und deshalb ist eine demokratische Raumplanung, die etwas länger dauert, einer aufgesetzten «perfekteren» Ordnung auf jeden Fall vorzuziehen.

nötigen Anpassungen vorzunehmen, welche primär das finanzielle Gleichgewicht der AHV langfristig sichern. Sollen dabei auch noch hängige Postulate wie die Gleichstellung von Mann und Frau und ein flexibles Rentenalter eingebaut werden, so sind die erforderlichen Anpassungen rechtzeitig an die Hand zu nehmen. Diese haben sich in erster Linie an der demographischen Entwicklung zu orientieren und dürfen sozialpolitisch vertretbare Einsparmöglichkeiten nicht von vornherein ausschliessen. Gleichzeitig steht für die FDP aber auch unbestritten fest, dass die verfassungsmässigen Ziele der Existenzsicherung nie gefährdet werden dürfen.

gende Partei weiss die FDP, dass geforderte Mehrleistungen auch bezahlt werden müssen, obwohl damit heute wohl kaum Lorbeeren geerntet werden können.

Für die FDP muss konsequenterweise die Sozialpolitik dort ihre Grenzen finden, wo sie die Selbstverantwortung und den Leistungswillen des Einzelnen untergräbt, seine Freiheit zu sehr beeinträchtigt oder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überfordert.

Der Mensch im Mittelpunkt

Für immer mehr ältere, kranke und invalide Menschen liegen die

sozialen Probleme weniger im finanziellen Bereich als vielmehr in der Vereinsamung und im Gefühl des Ausgeschlossenseins, im Mangel an Zuwendung und Fürsorge in der Familie und der kleinen Gemeinschaft. Das Auseinanderleben von Jung und Alt erweist sich mehr und mehr als nachteilig. Darum wird das Bemühen der FDP in sozialpolitischen Belangen künftig auch verstärkt auf die Bewältigung dieser menschlichen Dimension der Sozialpolitik ausgerichtet sein.

Im weitern ist die FDP überzeugt, dass viele soziale Postulate am besten im Rahmen der Familie erfüllt werden. Daher wird die

FDP alle Bestrebungen zur Stärkung und Entlastung der Familie in Bund, Kantonen und Gemeinden aktiv unterstützen. Die von der FDP der Schweiz eingereichte Initiative für «ehe- und familien-gerechtere Bundessteuern» ist dafür klarer Tatbeweis.

Mit Forderungen Mass halten

Bei allen Forderungen an den Staat muss uns aber immer bewusst bleiben, dass alles, was unser Staat ausgibt (Löhne, Sozialbeiträge, Subventionen usw.) ihm vorher auch zugeführt werden muss. Durch Steuern und Abga-

Ich bestelle ... Ex. «Politische Rundschau»: Sondernummer «Zukunft der AHV» (Fr. 5.- je Ex.)

Name, Vorname _____

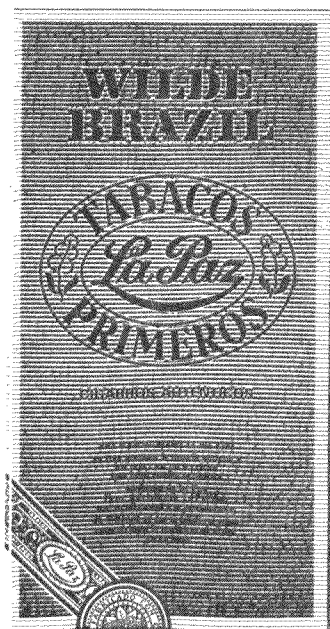
Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Das Feuerbüschel von La Paz.



Die Geschmacksharmonie mit dem leicht süsslichen Aroma der tropisch warmen Natur. Aus wertvollen Brasil-Tabaken und einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Ohne Retusche. Das ist die authentische Wilde Brazil von La Paz. Mit dem feurigen Charakter. So, wie Brasil-Cigarren sein sollen.

Weil in Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Geschmacks entwickelt, ist sie trotzdem erstaunlich mild im Rauch.

Eben Wilde Brazil aus echtem Brasil. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

Zu den Kaiseraugst-Motionen in den eidgenössischen Räten

Wie weiter nun?

Die in der Märzsession eingereichten gleichlautenden Kaiseraugst-Vorstösse von Nationalrat Stucky (FDP, ZG) und Ständerat Schönenberger (CVP, SG) haben einiges Echo (siehe auch Seite 6) ausgelöst. Debattiert wurde nicht nur der Inhalt der Motionen, sondern auch das bei deren Vorbereitung gewählte Vorgehen. «Der Freisinn» hat fünf freisinnigen Nationalräten, die sich in den letzten Jahren engagiert mit Energiepolitik auseinandergesetzt haben, vier Fragen gestellt. Es sind dies der Luzerner Paul Fäh, der am letzten Parteitag der FDP der Schweiz für die Unterstellung des Baus von Kernanlagen unter das fakultative Referendum plädierte; der Aargauer Ulrich Fischer, beruflich in der Kernenergiebranche tätig; der St. Galler Titus Giger, freisinniger Leader in der nationalrätlichen Energiekommission; der Zuger Georg Stucky, einer der Motionäre, sowie der Baselstädter Paul Wyss, für den «Kaiseraugst» ein politisches Dauerthema in den letzten Jahren war.

Der Vorstoss im Wortlaut

«Der Bundesrat wird beauftragt

- mit der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG eine Vereinbarung über die Nichtrealisierung ihres Kernkraftwerkprojektes abzuschliessen,
- die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für die im Zusammenhang mit dem Projekt aufgelaufenen Gesamtkosten angemessen zu entschädigen,
- die Massnahmen für eine zukunftsichernde Energiepolitik, in der die Kernenergie als Option offenbleibt, mit Nachdruck weiterzuführen.»

Erwarten Sie von einer Überweisung der beiden Motionen eine Entkrampfung in der eidgenössischen Energiepolitik?

Heisst der Verzicht auf Kaiseraugst, dass die Schweiz inskünftig vermehrt Strom aus dem Ausland beziehen muss? Oder was sonst?

Muss die FDP auf Grund dieser beiden Motionen ihre Energiepolitik überprüfen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Welche Prioritäten sehen Sie in der schweizerischen Energiepolitik?



Paul Fäh

Ein Verzicht auf ein umstrittenes Vorhaben bringt immer eine Entkrampfung, eine Entspannung. Sie dürfte sich aber primär auf die betroffene Region beschränken, da die Motionen keine grundsätzliche Absage an die Kernenergie bedeuten, sondern wirtschaftlichem Kalkül entspringen. Zudem: mit einem Verzicht auf «Kaiseraugst» wird wohl ein Problem gelöst; dafür werden aber neue geschaffen.

Ein Verzicht auf Kaiseraugst schmälert die inländisch produzierte Versorgung. Diese Lücke wird in erster Linie mit Strom aus dem Ausland geschlossen werden. Ein Problem ist dies vorderhand keines, denn Frankreich wartet nur darauf, mehr KKW-Strom liefern zu können. Jede zunehmende Auslandsabhängigkeit schwächt unsere Versorgungsautonomie. Wollen wir dem entgegen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als vermehrt zu sparen und/oder vermehrt fossile Brenn- und Treibstoffe zu verwenden.

Wenn die FDP den Motionen zustimmt, muss sie das. Sie muss vor allem den Weg aufzeigen, wie es – ohne Kaiseraugst und ohne weitere Kernkraftwerke – mit unserer Energieversorgung weitergehen soll. Zudem wäre die FDP gut beraten, den Vorschlag der Liberalen Partei des Kantons Luzern «fakultatives Referendum beim Bau neuer KKW» zu übernehmen. Gründe, die dagegen sprechen, gibt es keine mehr.

Energieversorgung und Lebensqualität sind Zwillinge. Beide beeinflussen einander entscheidend. Ziel der Energiepolitik hat primär zu sein, die Schweiz mit genügend preislich konkurrenzfähiger, möglichst umweltschonender Energie zu versorgen. Dabei kommt je nach europäischer Entwicklung der Eigenproduktion ein mehr oder weniger grosser Stellenwert zu. Will man diese Zielsetzung realisieren, so sind dem Sparen und dem Substituieren Grenzen gesetzt. Ohne Schlüsselenergie «Strom» geht es so oder so nicht.



Ulrich Fischer

Eines der Motive zur Einreichung der Motionen ist die Hoffnung auf eine Entkrampfung, auf eine Versachlichung der energiepolitischen Diskussion. Ich stecke schon zu lange in dieser Auseinandersetzung, als dass ich solchen Illusionen nachhängen würde. Bereits in den Diskussionen der letzten Tage hat sich klar herausgestellt, dass nach dieser Konzession, für die keine Gegenleistung eingehandelt wurde, weitere Forderungen aus dem grünen und roten Lager kommen. Wie lautet schon wieder das Sprichwort mit dem kleinen Finger und der ganzen Hand?

Die Nichtrealisierung von Kaiseraugst bedeutet, dass in absehbarer Zeit kaum ein anderes Kernkraftwerk in der Schweiz realisiert werden kann. – Wem sollte auch zugemutet werden, was der Region Basel nicht zugemutet wird? Der Wasserkraftausbau stösst auf Grenzen, fossile Brennstoffe sollten aus ökologischen Gründen nicht zur Energieproduktion eingesetzt werden, die sogenannten alternativen Energieträger sind noch nicht in der Lage, wirksam zu unserer Energieversorgung beizutragen und Sparmassnahmen bringen weniger, als uns weisgemacht wird. Deshalb kann uns nur vermehrter Import aus dem Ausland vor einer Versorgungslücke retten.

Die Motionen verlangen eindeutig die Offenhaltung der Option Kernenergie. Nachdem die FDP stets die Auffassung vertreten hat, es müssten sämtliche zur Verfügung stehenden, Energieträger zur Versorgung unseres Landes genutzt werden können, muss von diesem Grundsatz nicht abgewichen werden. Die Energiepolitik der FDP ist trotz Nichtrealisierung von Kaiseraugst richtig und soll weiterhin mit Nachdruck vertreten werden. Dagegen muss darauf geachtet werden, dass aus diesem Vorgehen bürgerlicher Politiker nicht falsche staatspolitische Schlüsse gezogen werden.

Die Grundsätze der Gesamtenergiekonzeption sind nach wie vor gültig: Sparen, Forschen, Substituieren, Vorsorgen. Den Tendenzen, das Postulat «Substituieren» fallen zu lassen, weil die Substitution von fossilen Brennstoffen wirksam nur durch Kernenergie erfolgen kann, was in gewissen Kreisen unerwünscht ist, muss entgegengetreten werden. Die Kernenergie ist nach wie vor bezüglich Versorgungssicherheit und Umweltschutz die beste Methode, um unseren steigenden Energiebedarf zu decken und darüber hinaus den Anteil des Erdöls an unserer Energieversorgung zu reduzieren.



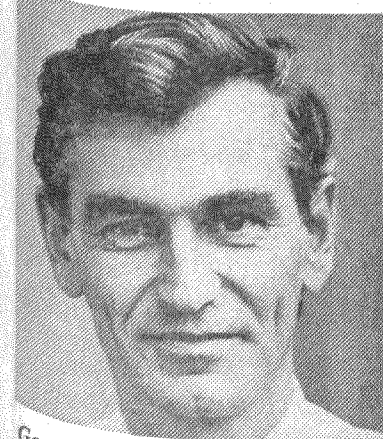
Titus Giger

Ein Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst ist aus staatspolitischer Sicht nicht unbedenklich. Die ersten Reaktionen der Kernenergie-Gegner zeigen, dass eine Entspannung in der schweiz. Energiepolitik nicht zu erwarten ist. Die Reaktionen um das geplante Kernkraftwerk Graben weisen in diese Richtung. Die Differenzen innerhalb der Expertengruppe EGES deuten auf eine Polarisierung in der zukünftigen Energiepolitik hin.

Der Zehn-Werke-Bericht der Elektrizitätswirtschaft prognostiziert für das Winterhalbjahr 2004/05 eine Versorgungslücke von 7 Mia. kWh (mit Kaiseraugst 4 Mia. kWh). Die Nichtrealisierung von Kaiseraugst würde somit weitere Stromlieferungen aus dem Ausland, aus französischen Kraftwerken (wenn möglich aus unmittelbarer Grenznähe) zur Folge haben. An die Realisierung thermischer Kraftwerke auf fossiler Basis darf bei der heutigen Sensibilisierung der Bevölkerung in Umweltfragen kaum mehr gedacht werden.

Eine Überprüfung ist sicher angezeigt. Die Folgen von Kaiseraugst werden sein, dass wir in der Schweiz keine weiteren Kernanlagen werden bauen können. Für mich ist dieser Gedanke allerdings unvorstellbar. Versucht werden müsste, eine Option auf die künftigen inhärent sicheren HTR-Reaktorlinien zu verankern. Ohne den Bau eigener Kernkraftwerke ist der Verlust an Know-how und an Arbeitsplätzen unausweichlich. Als energiepolitische Zielsetzung sollten wir anstreben, den Bedarf an elektrischer Energie auf dem heutigen Stand zu stabilisieren.

Ein Energieartikel (in der Fassung von 1983) und ein alle Energieträger gleich behandelndes Energiesgesetz: Darin sind auch Energie-Sparmassnahmen vorzusehen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nicht schmälern. Der Nachrüstung und der Wärmeauskoppelung von bestehenden Kernanlagen müsste vermehrt Beachtung geschenkt werden. Das Projekt «Gewähr» der Nagra muss endlich vom Bundesrat genehmigt werden!



Georg Stucky

Es ist geradezu ein Ziel der beiden Motionen, eine Entkrampfung herbeizuführen. Sie enthalten aber auch ein Opfer seitens der Kernkraftbefürworter, die über ihren eigenen Schatten springen mussten. Das Ziel sollte nun eine Gesprächsbereitschaft auf beiden Seiten sein, wobei unabdingbare Voraussetzung für mich ist, dass die Option auf die Kernenergie in Zukunft bewahrt wird. Unsere Kinder könnten uns eines Tages dankbar dafür sein.

Die unmittelbare Konsequenz wird zweifellos ein Mehrimport sein. Dieser Nachteil stört die Versorgungsbereitschaft und kann nur wettgemacht werden, wenn die Möglichkeiten einer verbesserten Wassernutzung, namentlich bei den bestehenden Kraftwerken, in Angriff genommen werden. Den verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe, z. B. von Erdgas, zur Erzeugung von Elektrizität erachte ich dagegen als keine Lösung, weil der Wirkungsgrad gering ist und Gas auch eingeführt werden muss.

Ich sehe keine grundsätzliche Änderung der Energiepolitik der FDP. Diese ist bereits langfristig orientiert – im kurzfristigen Bereich ist allerdings zu überlegen, ob heute die Schaffung neuer Kompetenzen beim Bund, sprich ein Energieartikel, noch richtig ist.

Die «Macher-Mentalität», d. h. der Glaube an interventionistische Massnahmen seitens des Staates, ist in unserer Energiepolitik immer noch virulent. Dabei haben die Kantone ihre Energiegesetze weitgehend unter Dach und diese zeigen bereits Wirkungen. Die Spareffekte können sich aber nur langfristig einstellen. Ich bin deshalb äusserst skeptisch gegen jede Einschaltung des Bundes über den Kompetenzbereich hinaus, den er heute schon besitzt. Hingegen muss sich der Bund sehr genau überlegen, was er unternehmen will, um die Option für die Kernkraft für die öffentliche Meinung tragfähig zu machen. Ausserdem hat er in seiner Aussenpolitik diesem Umstand (Verhandlungen mit der EG) besondere Aufmerksamkeit zu schenken.



Paul Wyss

Ich bin überzeugt, dass die Wende in der Kaiseraugst-Frage – ein Entscheid der Vernunft! – eine Entspannung in der Energiediskussion bringen kann. Dieser durch bürgerliche Initiative ausgelöste Prozess muss aber auch durch Goodwill-Beiträge aller Lager aktiv unterstützt werden. Nur so werden die nach wie vor schwierigen Energiefragen sachlicher als bisher diskutiert und entschieden werden können.

Im Moment ist kein vermehrter Stromimport nötig, aber je nach Entwicklung der Lage mittelfristig nicht auszuschliessen. Und dann wäre der importierte Strom Atomstrom. Ein Verzicht auf Kernenergie steht so lange ausser Frage, als keine andere, umweltfreundlichere Elektro-Energie (Kern- oder Alternativ-Energie) in genügendem Ausmass vorhanden ist. Deshalb müssen wir an der Option Kernenergie festhalten.

Nach wie vor gelten die klar formulierten Postulate in den «Zielsetzungen 1987/91» der FDP der Schweiz. Z. B. brauchen wir alle Energieträger, und die Postulate «Sparen, Forschen, Substituieren und Vorsorge» sind immer noch vorrangig.

Wir müssen in unserem energiepolitischen Denken und Handeln nicht nur die nationale Gesamtenergie-Optik berücksichtigen, sondern die internationalen Aspekte viel stärker gewichten (vor allem im Hinblick auf die engere wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa). Deshalb habe ich seinerzeit die Durchführung einer Europäischen Energiekonferenz in der Schweiz vorgeschlagen, was vom Parlament akzeptiert wurde. Eine Vorkonferenz hierzu findet Ende März 88 statt.

Kernenergiepolitische Option offenhalten

«Kaiseraugst»-Motionen-Diskussion in der FDP-Fraktion

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung führte eine sachliche, dennoch engagierte Diskussion zu den beiden in Stände- und Nationalrat eingereichten gleichlautenden Motionen Schönenberger (CVP, SG) und Stucky (FDP, ZG) auf Nichtrealisierung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst durch. Dabei wurden skeptische wie zustimmende Voten zu dem von den Initianten der Vorstösse gewählten Vorgehen geäussert. Unmissverständlich kam zum Ausdruck, dass die freisinnige Fraktion an der kernenergiepolitischen Option festhält und sich gegen ein Moratorium wendet, da ein solches auch die Aufdatierung der bestehenden Kernkraftwerk-Anlagen verhindern würde. Die materielle Erörterung der beiden Motionen wird die Fraktion erst nach Vorliegen der bundesrätlichen Stellungnahme im Vorfeld der für die Junisession in beiden Räten vorgesehenen Debatte vornehmen.

In der Aussprache wurde daran erinnert, dass von freisinniger Seite bereits früher sowohl in der Fraktion wie auch im Schosse der Partei Vorschläge präsentiert wurden, die in ähnlicher Richtung zielten wie die beiden Motionen, jedoch ein anderer Weg anvisiert wurde. Die Vorstösse Stucky und Schönenberger wurden als Mittel dazu beurteilt, die als verfahren und verhärtet bezeichnete energiepolitische Situation in der Schweiz zu entkrampfen und zu deblockieren, um so den Weg für eine positive Energiepolitik zu öffnen. Andererseits wurde die Ansicht geäussert, dass sich die Schweiz mit der Nichtrealisierung von Kaiseraugst in eine gefährliche energiepolitische Auslandsabhängigkeit gebeuge.

Die Entschädigungsfrage wurde in der freisinnigen Fraktion noch nicht einlässlich erörtert. Es kam jedoch zum Ausdruck, dass die Erhebung einer sogenannten Kaiseraugst-Taxe

kein tauglicher Weg ist, um dieses Problem zu lösen. Skeptische Anmerkungen wurden gegenüber der sogenannten Minderheiten- und Regionaldemokratie gemacht, die über die Kaiseraugst-Frage hinausgingen.

JBS begrüsst Verzicht auf Kaiseraugst

(JBS) Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) begrüsst die Entscheidung von führenden bürgerlichen Politikern, auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst zu verzichten. Dieser Entscheid deckt sich mit der Ansicht der JBS, wie sie im Aktionsprogramm festgehalten ist. Durch den Vorstoss wird der Bund gezwungen, den Einsatz von Alternativen Energien vermehrt zu prüfen und zu erleichtern. Die JBS ist auch zufrieden zu sehen, dass die Interessen einer Region und ihrer Bewohner von anderen Miteidgenossen wahrgenommen wird.

Neuer FDP-Fraktionsvorstand

Nationalrat Bremi weiterhin Präsident

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) als ihren Präsidenten wiedergewählt. Bestätigt wurde als erster Vizepräsident Nationalrat Claude Frey (NE), während Ständerat Arthur Hänsenberger (BE) als Vorsitzender der freisinnigen ständerätlichen Gruppe statutenmässig das Amt des zweiten Vizepräsidenten einnimmt.

Als weitere Mitglieder gehören dem freisinnigen Fraktionsvorstand für die laufende Legislaturperiode wiederum an: Nationalrätin Geneviève Aubry (BE) sowie Nationalrat Hans-Rudolf Früh (AR). Neu gewählt wurden die Nationalräte Pierre Etique (JU), Willy Loretan (AG) sowie Manfred Aregger (LU). Diese übernehmen die Mandate folgender zurückgetretener beziehungsweise aus dem Vor-

stand ausgeschiedener Parlamentarier, weil sie diesem Gremium nicht mehr von Amtes wegen angehören: Ständerat Peter Hefti (GL) sowie die Nationalräte Paul Wyss (BS), Franz Eng (SO), Gilles Petitpierre (GE), Karl Weber (SZ), Jean-Jacques Cevey (VD) und Raoul Kohler (BE).

Weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind von Amtes wegen der Präsident der FDP der Schweiz, Ständerat Bruno Hunziker (AG), der Vorsitzende des «Groupe latin», der Vereinigung der freisinnigen Westschweizer und Tessiner Parlamentarier, Nationalrat Philippe Pidoux (VD) sowie die Büromitglieder beider Räte: die Ständeräte Franco Masoni (TI) und Max Affolter (SO) sowie die Nationalräte Franz Steinegger (UR) und Massimo Pini (TI).

Unabhängige Berater für die Suche von Führungskräften und Geschäftspartnern

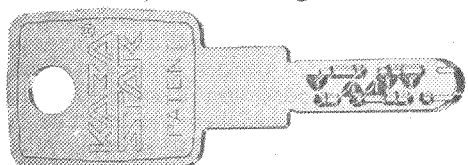
RubinConsult

UNTERNEHMUNGSBERATUNG
W. RUBIN
CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24
TEL. (01) 202 75 78
MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und ein unverbindliches Gespräch.

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA®

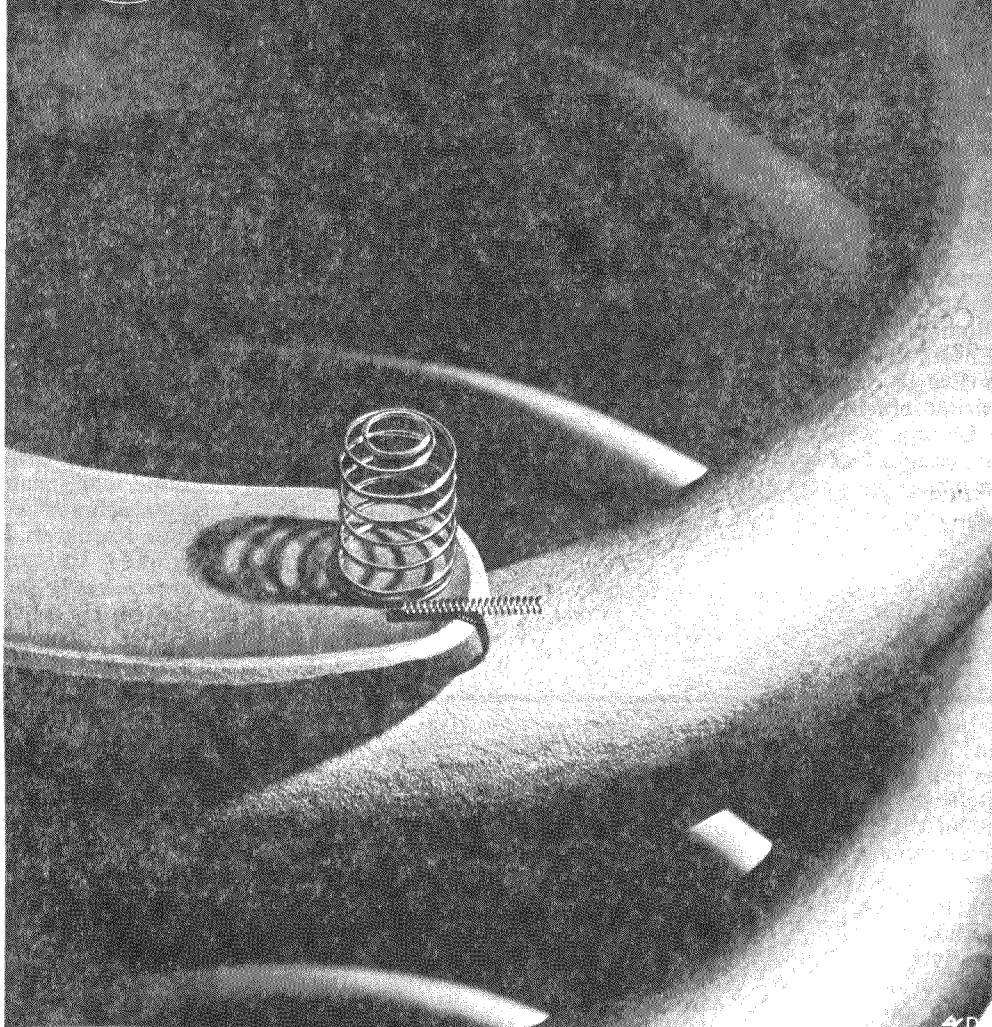
Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/931 6111, Telex 875 481, Telefax 01/931 63 85.

FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Ruti
Tel. 055/84 1111



Nutzungs-Konzepte

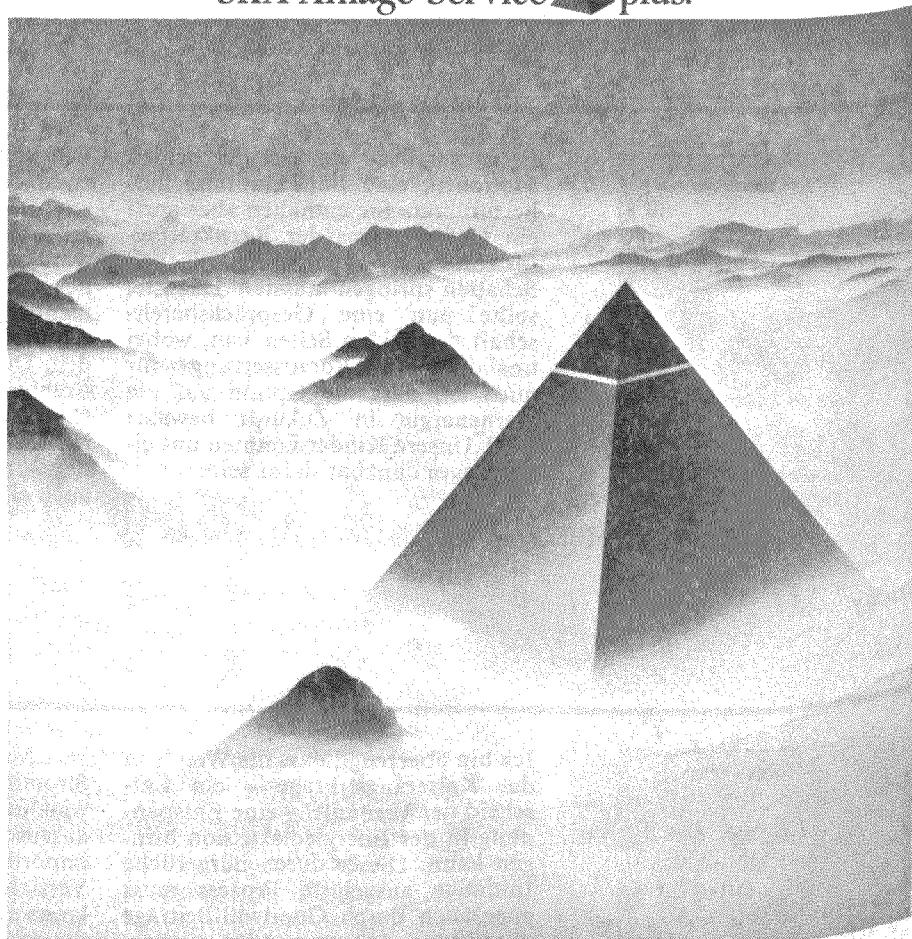


Für Bauprojekte und Liegenschaften erarbeiten wir Nutzungskonzepte – investitions- und marktgerecht.

SPALTENSTEIN AG
IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10



SKA-Anlage-Service plus.



Mit dem SKA-Anlage-Informationssystem (AIS) gewinnen Sie den Überblick klarer, schneller und umfassender.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Historisches Lexikon der Schweiz

Verschwommenes Geschichtsverständnis der Schweizer

Die Schweizer Geschichte soll auf den neuesten Stand gebracht und in einem «Historischen Lexikon der Schweiz» (HLS) zusammengefasst werden. Die zwölf Bände werden zwischen 1992 und 2002 erscheinen. Franz Neff sprach mit Marco Jorio, dem Chefredaktor des HLS.

Mit ihrem einstimmigen Entschluss zur ersten Finanzierungstranche von 8,155 Millionen Franken ermöglichten die eidgenössischen Räte ein in seiner Dimension einmaliges Projekt der Schweizer Geschichtsforschung. Über 50 Jahre nach dem in Neuenburg erschienenen Historisch-Biographischen Lexikon der Schweiz (HBL) sollen die durch den Lauf der Zeit entstandenen Lücken aufgearbeitet und neue Erkenntnisse in der Forschung ergänzt werden können.

Mit Mitteln der öffentlichen Hand

Ein grundsätzliches Interesse der Schweizer an ihrer Geschichte ist die Hauptvoraussetzung, dass ein solches Millionenprojekt mit öffentlichen Mitteln in Angriff genommen werden darf. Die Herausgeber des HLS schätzen es erstaunlich hoch ein. Der Erfolg der Fernsehsendung «Die Tagesschau vor 25 Jahren» scheint dies zu bestätigen. Das Verhältnis des Bürgers zur Geschichte der Schweiz sei aber sehr stark von seiner persönlichen kulturellen Zugehörigkeit und Umgebung abhängig, meint Marco Jorio, Zürcher Historiker und Chefredaktor des HLS. Ein Genfer erinnere sich an andere historische Gestalten und Ereignisse als beispielsweise ein Bündner.

Historische Mythen und Modewellen bestimmen das Geschichtsbild

Das Geschichtsbewusstsein des Bürgers sei oft von alten Bildern und Vorstellungen geprägt, eigentlichen historischen Mythen. Jorio: «Das im Rahmen der gei-

stigen Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg geprägte Geschichtsbild ist heute noch nachhaltig zu spüren.» Der Einfluss von Personen und Ereignissen auf die weitere Entwicklung unseres Landes sei nicht leicht zu bewerten. So werde zum Beispiel der Einfluss des markant auftretenden Reformators Zwingli auf den Kanton Zürich von den meisten weit überschätzt. Der eher im Hintergrund, aber nicht weniger wirkungsvoll agierende Heinrich Bullinger werde hingegen meist vergessen. Ein Schicksal, das auch heute vielen Politikern nicht allzu fremd sein dürfte.

Grosse Anziehungskraft besitzt für den Einzelnen die Geschichte seiner engsten Umgebung, zum Beispiel die Familiengeschichte. Familienstichwörter fehlen deshalb auch im neuen HLS nicht, obschon die Wissenschaftler ihre Bedenken angemeldet haben. Doch vor allem in der jüngsten Generation der Historiker rückt die Familie als soziale Gruppe wieder in den Mittelpunkt der Forschung. Niklaus Meienberg ist dafür ein aktuelles Beispiel. Er hat mit seiner Darstellung von General Wille eine kleinere «historische Modewelle» ausgelöst, die jedoch in keinem Vergleich mit dem wiedererwachten Interesse am Geschehen des Mittelalters nach Umberto Eco's «Name der Rose» steht.

Wissenschaftlich und doch verständlich

Die zwölf Bände mit je 720 zweiseitigen Seiten werden in den drei Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch erscheinen. Das Lexikon soll zwar alle Kriterien der Wissenschaft-

lichkeit erfüllen, aber in einer auch dem Laien verständlichen Sprache und in einer handlichen Form herausgegeben werden. Personen-, Familien-, Orts- und Sachstichwörter bestimmen den inhaltlichen Aufbau. Kurze Artikel enthalten die wichtigsten Informationen und Hinweise auf weiterführende Literatur.

Der erste Band (A-Be) soll 1992, ein Jahr nach dem Jubiläum der Eidgenossenschaft, herauskommen. Ein leicht verspätetes, aber nicht minder willkommenes Geburtstagsgeschenk. Die weiteren Bände (zu je etwa 150 Franken) werden im jährlichen Rhythmus erscheinen. Das Gesamtwerk wird also in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends vollständig sein.

Aktualität dank EDV

Gleichzeitig mit den von zahlreichen Redaktoren, Autoren und wissenschaftlichen Beratern erarbeiteten Artikeln wird auch eine Datenbank aufgebaut. Sie soll eine dauernde Aktualisierung des historischen Materials, die Einrichtung eines elektronischen Informationssystems und zu einem späteren Zeitpunkt auch die Herausgabe des Lexikons in einer digitalisierten Form (CD, Videotext usw.) ermöglichen. Ein entsprechendes EDV-Konzept wird derzeit im Rahmen eines Nationalfonds-Projekts erarbeitet.

Ein Handbuch auch für Politiker

Den Politiker will man mit einer kompetenten Kurzfassung der Schweizer Geschichte in seiner Tätigkeit unterstützen. Das HLS soll ihm als Referenzwerk dienen, wo er zuerst nachschlagen kann, wenn er auf eine historische Frage stösst. Wer sich beispielsweise in kurzer Zeit in eine Gesetzesrevision einarbeiten muss, wird im HLS nachlesen können, welcher Kompromiss das Gesetz einst ermöglichte hatte. Besondere Beachtung schenkt man der Geschichte der Kantone und Gemeinden. Hier bestehen die grössten Wissenslücken, der Nachholbedarf ist gross.

Eher zurückhaltend beurteilt Jorio die Möglichkeit, dass historische Kenntnisse aktuelle politische Probleme nachhaltig beein-

Einstimmige Ablehnung durch den Delegiertenrat

FDP-Nein zur Poch-AHV-Initiative

Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat einstimmig beschlossen, zu der am 12. Juni zur Abstimmung gelangenden Poch-AHV-Initiative die Nein-Parole auszugeben. Begründet wird dieser Entscheid damit, dass die verlangte Herabsetzung des Rentenalters die AHV jährlich 2,1 Milliarden Franken kosten würde, die nur mit einer massiven Erhöhung der Lohnprozente um 2,4 Prozent oder mehr Steuern finanziert werden könnten. Die Initiative erfüllt berechnete Frauenanliegen nicht und lässt die langfristige Sicherung der AHV ausser acht. Sie läuft zudem der demographischen Entwicklung mit der dauernden Erhöhung der Lebenserwartung zuwider und würde das Verhältnis zwischen der Zahl der AHV-Bezüger und jener der Erwerbstätigen massiv verschlechtern.

Der unter dem Vorsitz von Parteipräsident Ständerat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) tagende Delegiertenrat liess sich durch Nationalrätin Geneviève Aubry (Tavannes BE) über die Initiative «zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen» orientieren. In der Diskussion wurden mit Hinweis auf die demographische Entwicklung wirtschaftliche und finanzielle Gründe gegen das Volksbegehren vorgetragen. Kritisiert wurde zudem, dass die Initiative nicht Rücksicht nimmt auf ausgewiesene Gleichberechtigungspostulate der Frauen.

Nach Auffassung des freisinnigen Delegiertenrates geht es heute bei der AHV darum, das Erreichte zu halten sowie zu sichern und – wo nötig – gezielte Verbesserungen vorzunehmen. Zu prüfen ist die Frage der Einführung

des flexiblen Rentenalters, dem gegenüber einer starren allgemeinen Senkung des AHV-Alters, das auf die individuellen Interessen und Bedürfnisse nicht Rücksicht nimmt, der Vorzug zu geben wäre. Unmissverständlich kam in der Debatte zum Ausdruck, dass ein Nein zur überzogenen, aus demographischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht tragbaren Poch-AHV-Initiative nichts mit Demontage im sozialen Bereich zu tun hat, jedoch viel mit der langfristigen Sicherung des grössten schweizerischen Sozialversicherungswerkes.

Zur zweiten am 12. Juni zur Abstimmung gelangenden Vorlage, dem Verfassungsartikel über eine koordinierte Verkehrspolitik, wird die Delegiertenversammlung der Partei am 23. April die Abstimmungsempfehlung beschlossen.

flussen könnten. Die konkrete Situation sei jedesmal doch wieder so speziell, dass sie sich nicht mit früheren Ereignissen vergleichen lasse. «Historie ist ja nicht angewandtes Wissen. Historische Kenntnisse sollen für den Politiker aber ein Fundus sein. Im HLS solle er nachschauen können, woher etwas kam, wie sich etwas entwickelt hatte und welche politischen Hintergründe zu einer heute gültigen Regelung führten.»



Leserbriefe

Sozialistische Logik

Vor einiger Zeit habe ich mit einem prominenten sozialdemokratischen Politiker in einer gemütlichen Altstadtbeiz die Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen etwas ausgelotet. Ich muss sagen, dass ich dabei zu etlichen neuen Erkenntnissen gekommen bin. Eine dieser neuen Einsichten sei nachstehend geschildert.

Was die irdischen Güter anbetrifft, so ist dieser Sozialdemokrat mindestens ebenso bürgerlich wie ich, besitzt er doch in einer neuerdings bevorzugten Wohnlage der Stadt Bern zusammen mit Verwandten ein Haus, an einem idyllischen Ort irgendwo im Bernerland eine Fischerhütte sowie in Spanien ein Ferienhaus. Selbstredend ist er auch Autofahrer. Auf die Frage angesprochen, wie denn dieser Besitzstand zu seiner politischen Einstellung passe, gab er mit einer Anekdote des grossen Genossen Lenin eine ebenso verblüffende wie einfache Antwort: Dieser hielt bei kaltem Wetter auf einem grossen Platz in Russland vor Tausenden von Zuhörern eine Brandrede. Einer der Kundgebungssteilnehmer rief ihm zu, er habe in seinem warmen Mantel gut reden. Lenin hielt ihm entgegen, es gehe nicht darum, den Mantel zu verschenken. Die Chance, dass er den Mantel erhalte, sei ja – bei der Vielzahl von Zuhörern – ohnehin gering. Sein primäres Ziel sei es, dafür zu kämpfen, dass er als Arbeiter künftig so viel verdiene, dass er sich selber einen solchen Mantel kaufen könne!

Dr. Fred Voegeli (Bern)

Politiker könnten von der Geschichte lernen

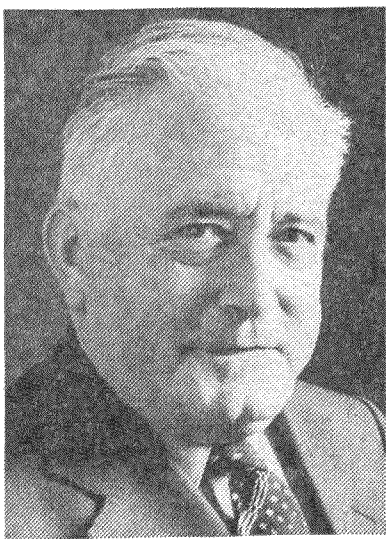
Gespräch mit alt Bundesrat Georges-André Chevallaz, Präsident des Stiftungsrates HLS

Worin sehen Sie die Hauptaufgaben eines neuen Historischen Lexikons der Schweiz (HLS)? Es soll ein Nachschlagewerk sein, das für alle, die sich beruflich mit Geschichte beschäftigen, unverzichtbar ist, ja auch für jemanden, der sich einfach nur für Geschichte interessiert. In meiner täglichen Arbeit habe ich solche Werke ständig zur Hand, zum Beispiel den «Dictionnaire historique général», der in Frankreich herausgegeben wurde, natürlich auch das alte Historisch-Biographische Lexikon der Schweiz. Man muss sich dauernd über irgendwelche Namen, Daten, Orte oder auch wirtschaftliche Zahlen vergewissern. Solche Angaben muss das neue Lexikon liefern.

Kann das HLS auch dem Politiker einen praktischen Nutzen bringen?

Nun, ehrlich gesagt, der Politiker hat mich auch schon mehr interessiert als heute. Er sollte aber die Geschichte seines Landes schon kennen. Vielleicht kann ihm dabei das HLS nützliche Dienste leisten.

Ist man als Politiker denn bereit, aus der Geschichte zu lernen? Man täte gut daran. Es gibt in der Geschichte und ganz be-



sonders natürlich in der Schweizer Geschichte einige feststehende Werte, typische Ansichten und Meinungen, die unser Land auch heute noch ganz wesentlich prägen.

Wie beurteilen Sie die Gefahr inhaltlicher Konflikte im neuen HLS?

Nun, es arbeiten verschiedene Historiker mit verschiedenen Ansichten daran. Grundsätzlich sollte ein Ereignis oder eine Person aber von allen Seiten beleuchtet werden, es soll kritisch besprochen werden, auch in politischer Hinsicht. Es müssen nicht zwingend alle sich widersprechenden Mei-

nungen dargestellt werden, Unterschiede und Verschiedenheiten sollten aber deutlich gemacht werden.

Das HLS wird also auch «heisse Eisen» der Schweizer Geschichte in diesem Sinne aufgreifen? Ja natürlich.

Auch beispielsweise die Zürcher Jugendunruhen?

Das gehört auch dazu, genau wie die Darstellung über die Burschen aus dem Burgund, die Geschichte der «Compagnie de la folle vie», das sind Krawalle, die sich absolut mit denjenigen vergleichen lassen, die wir in Zürich erlebten.

Werden Sie auch persönlich Beiträge zum HLS verfassen?

Nein, nein, ich bin nicht Redaktor. Ich kann auch nicht bis ins Jahr 2005 mitmachen. Ich arbeite aber an verschiedenen anderen Projekten, für die ich ein neues HLS heute schon gut gebrauchen könnte.

Die Bedeutung des neuen HLS für die Geschichtswissenschaften...

Sie ist enorm. Das alte HBL ist zwar nach wie vor gut zu gebrauchen. Die Forschung hat jedoch in der Zwischenzeit grosse Fortschritte gemacht. Man hat neue Erkenntnisse gewonnen. Die Geschichte ist eigentlich dauernd in Bewegung. Es ist deshalb nötig, dass man sie von Zeit zu Zeit à jour bringt.

Lugano

Parteitag und ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz finden dieses Jahr am 22./23. April in Lugano statt. Auf der Traktandenliste stehen:

- Gesamterneuerungswahlen der leitenden Parteigremien: Delegiertenrat und Geschäftsleitung (mit Parteipräsidenten und Vizepräsidenten);
- weitere statutarische Geschäfte;
- Abstimmungsparole zur Verfassungsgrundlage über eine koordinierte Verkehrspolitik (Urnengang vom 12. Juni);
- Diskussion des von einer parteiinternen Arbeitsgruppe erstellten Berichtes über die «Zukunft der AHV».

Den Delegierten und Ersatzdelegierten der FDP der Schweiz wird rechtzeitig die Einladung mit einer detaillierten Traktandenliste zugehen. Weitere Parteimitglieder sind mit beratender Stimme ebenfalls willkommen. Programme können auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, angefordert werden.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Der «ewige» Kriegsschauplatz Angola

Wende zum Besseren?

Zu Unrecht sei der seit dem Rückzug der Portugiesen seit 1975 in Angola wütende Krieg etwas in Vergessenheit geraten, meint der für mehrere Zeitungen tätige Journalist Dr. Hans Rudolf Böckli. Dieser hat Angola eben besucht. Hier sein Bericht darüber:

Nachdem die 1975 im Zusammenhang mit dem Streit um die Regierungsmacht in dem frisch unabhängig gewordenen Land zwischen mehreren Fraktionen von Unabhängigkeitsbewegungen erfolgte militärische Intervention Südafrikas – auf Grund des massiven Drucks der Vereinigten Staaten – abgeblasen worden war und die sich bereits nahe der Hauptstadt Luanda befindenden südafrikanischen Truppen sich wieder zurückgezogen hatten, herrschte zunächst ein Bürgerkrieg zwischen drei Parteien. Dieser hat bisher lediglich zu dem Fazit geführt, dass die schwächste der drei Bürgerkriegsparteien ausgeschaltet worden ist.

Sowjetische Unterstützung

Der in marxistischem Fahrwasser segelnden MPLA ist es mit sowjetischer Unterstützung gelungen, den grösseren Teil von Angola zu halten und die «offizielle» Regierung Angolas zu stellen. Aber wider Erwarten vermochte sich in all den Jahren seit dem Stichtag der Unabhängigkeit im Osten und Südosten des Landes die von Jonas Savimbi angeführte zweite Freiheitsbewegung, die Unita, erfolgreich zu behaupten. Trotz einer zunehmenden Unterstützung der Sowjetunion mit Waffen, Instruktoren und einem Söldnerheer von Kubanern, das in der Zwischenzeit auf 40 000 Mann angewachsen ist, konnte die Unita nur an ihrer weiteren Ausbreitung über andere Landesteile gehindert, aber weder ausgeschaltet noch entscheidend geschwächt werden.

Wirtschaftlicher Niedergang

Inzwischen hat dieser Bürgerkrieg weit über 200 000 Tote gekostet



Liberaler Leute

Nationalrat Kurt Schüle wird sich im Verlaufe dieses Sommers als Unternehmensberater selbständig machen und seine Tätigkeit bei Georg Fischer beenden. Er trat 1974 als Assistent des Finanzdirektors in die Firma ein und leitete später während mehrerer Jahre die Steuerabteilung. Seit 1985 führt er als Vizedirektor die Hauptabteilung Konzernsekretariat, PR/Information und Werbung. In dieser Funktion war er auch für die Einführung der neuen Corporate Identity der Georg Fischer verantwortlich. Kurt Schüle wird in seiner selbständigen Aufgabe weiterhin für Georg Fischer tätig sein.

«Ich habe auch einige Gesetze auf dem Gewissen», gestand in einer Diskussion über die staatliche Regelungsdichte der Berner Nationalrat und Ex-Biga-Boss Jean-Pierre Bonny (FDP).

«Das Parlament ist die gesetzgebende Gewalt und übt dies mit zunehmender Lust aus», meint FDP-Parteipräsident und Ständerat Bruno Hunziker (FDP/AG) zum selben Thema.

und zur wirtschaftlichen Zerrüttung dieses an sich ausserordentlich reichen und vielversprechenden Landes geführt. Die bestehende militärische Pattsituation kann offenbar weder von der einen noch von der anderen Seite aufgelöst werden. Savimbi hat sich darauf festgelegt, zwar einen Teil des Territoriums von Angola zu kontrollieren, andererseits aber wenn immer möglich den von der MPLA-Regierung mit sowjetischer Hilfe und kubanischen Söldnern gesuchten Entscheid in offener Schlacht zu vermeiden.

Nicht weniger als dreimal ist eine grossangelegte militärische Expedition während der Trockenzeit unternommen worden, welche ins Zentrum der Unita mit deren Hauptquartier in Jamba hätte stossen sollen. Aber jedesmal sind diese gross angelegten Kriegszüge unter grossen Verlusten zusammengebrochen. Inzwischen haben die MPLA-Kräfte sogar ihre zeitweise dank sowjetischen Kampfflugzeugen und Helikoptern erungene Luftherrschaft wieder verloren, weil sich die seit zwei Jahren an Savimbi gelieferten amerikanischen Stinger-Raketen – wie in Afghanistan – als ausserordentlich wirksam erwiesen haben.

Gescheiterte «Haupt»-Offensive

Im Herbst 1987, nachdem die MPLA-Truppen neuerdings mit millionenschweren Lieferungen modernster Waffen aus der Sowjetunion ausgerüstet worden waren, wurde die bisher gefährlichste, aber auch blutigste Offensive dieser Art vorgetragen. Sie ist aber vollständig gescheitert, was der Unita wiederum eine Atempause beschert, während welcher sie sich sammeln und stärken kann. Diese letzte Niederlage der Regierung in Luanda erweist sich als ein militärisches Debakel grössten Ausmasses, indem nicht nur zwei volle Brigaden vollständig vernichtet und zwei weitere dezimiert worden sind, sondern auch ein grosser Teil des russischen Waffenarsenals, vor allem Tanks und schwere Waffen, bei dieser Gelegenheit in die Hände der Unita gefallen sind. (Diese musste übrigens ihre Bewaffnung von jeher vornehmlich auf Feindbeute abstützen!)

Südafrikanischer Einfluss

Allerdings erfreut sich Savimbi, dessen strategische Interessen mit denjenigen der in Namibia stehenden Südafrikaner weitgehend parallel laufen, nunmehr nicht nur sporadischer logistischer Unterstützung durch die mächtige Republik im Süden, sondern es ist zum erstmalig offenbar geworden, dass die südafrikanische Armee nun auch mit eigenen Kräften aktiv in den Kampf eingegriffen hat – vor allem mit Artillerie und Kampfflugzeugen.

Die direkte Militärhilfe aus Südafrika scheint auf eine neue Lagebeurteilung in Pretoria zurückzuführen zu sein, wonach die im letzten Jahr erfolgten sowjetischen Waffenlieferungen, zusammen mit einer verstärkten und besseren Ausbildung der angolanischen und kubanischen Bedienungsmannschaften, die Waagschale nun sehr wohl zuungunsten der Unita hätten senken können.

Da im südlichen Teil von Angola auch die Basen der in Namibia gelegentlich einfallenden

Swapo-Guerillas zu finden sind, welche aus Südwestafrika einen weiteren Satellitenstaat Moskaus zu errichten gedenken, der als Sprungbrett in die Republik Südafrika geeignet wäre, kann und will es sich Pretoria nicht leisten, einen eventuellen militärischen Kollaps der Unita in Kauf zu nehmen.

Das bedeutet nun freilich, dass zum erstmalig südafrikanische Truppen den Stellvertretern der Sowjetunion in Angola an einer «heissen Front» direkt gegenüberstehen. Dadurch droht der Krieg in Angola eine weitere Drehung der Spirale zu immer grösserer Intensität zu erfahren.

Vor Phase der Beruhigung?

Es gibt auf Grund des jüngsten militärischen Erfolgs von Savimbi in der letzten grossen Schlacht nun plötzlich deutliche Anzeichen, dass der Schritt zu einer weiteren Eskalation des Krieges in Angola auf beiden Seiten nicht mehr getan werden könnte. Die Bemühungen des amerikanischen Botschafters für afrikanische Angelegenheiten im State Department, Chester Crocker, ein Ende dieses mehr als zehnjährigen Krieges durch Vermittlung herbeizuführen, hatten bisher zu keinem sichtbaren Erfolg geführt. Seit einigen Monaten scheint nun aber Bewegung in die bisher durch unvereinbare Haltungen sowohl in der Frage des Schicksals von Südwestafrika (Namibia) wie auch der Anwesenheit eines kubanischen Expeditionsheeres in Angola blockierte Lage gekommen zu sein.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Gorbatschew – analog zum

Krebsgeschwür Afghanistan – auf Grund der gigantischen Kosten in Angola und auf Grund der neuerdings vor Augen geführten Aussichtslosigkeit eines durchschlagenden Erfolgs solcher Grossoffensiven sich mit dem Gedanken trägt, auf eine militärische Entscheidung zu verzichten und unter eigener Gesichtswahrung diese strategische Wachstumsspitze der UdSSR vorläufig einmal aufzugeben. Dass die Regierung in Luanda längst des Krieges müde geworden ist, steht ausser Zweifel.

Was Südafrika anbelangt, so ist einer Erklärung von General Magnus Malan vom 5. März zu entnehmen, dass Südafrika nicht beabsichtigt, in Luanda eine pro-südafrikanische Regierung zu inthronisieren, aber dass auf der anderen Seite eine prosovietische Regierung als untragbar betrachtet wird. Man würde also in Pretoria dahin streben, im Rahmen eines Einvernehmens Angola auf dem strategischen und politischen Glacis zu neutralisieren.

Ungeklärtes Junktim

«Dies würde», so Malan, «den Weg zum Frieden und zur Stabilität im ganzen Subkontinent ebnen und Möglichkeiten für menschliche Entwicklung auch in anderen Bereichen eröffnen, wie zum Beispiel in der Wirtschaft.» Eine interne Lösung sei dafür wesentlich. Allerdings wird von dem von den Amerikanern angestrebten Junktim zwischen dem Abzug der Kubaner aus Angola und der Gewährung der Unabhängigkeit für Namibia in dieser Erklärung mit keinem Wort gesprochen.

Die neueste Entwicklung, nämlich dass Aussenminister Pik

Einladung zur zweiten Session des Jugendparlamentes

Das Jugendparlament tritt Montag, 20. Juni 1988, in Bern zu seiner zweiten (eintägigen) Sitzung zusammen. Eine ähnliche Veranstaltung im vergangenen Jahr verlief erfolgreich. Mit der Durchführung dieses Anlasses verfolgt die Stiftung Dialog eines ihrer Ziele: die politische Schulung und Information Jugendlicher. Erörtert werden im parlamentarischen Stil aktuelle Fragen.

Zur Jugendsession sind Jugendliche beider Geschlechter aus der ganzen Schweiz eingeladen, selbstverständlich auch noch nicht volljährige! Das Programm für die nächste Tagung liegt noch nicht definitiv vor.

Dennoch sollten sich Interessierte bereits heute mit dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, Didier Burkhalter, in Verbindung setzen, da die Zahl der Teilnehmer an der Jugendsession limitiert ist.

Botha in Genf mit dem amerikanischen Vermittler Chester Crocker direkte Gespräche aufgenommen hat, ist ein fast untrüglicher Hinweis, dass tatsächlich an einem Friedensplan für Angola gearbeitet wird, welcher diesen allzuwenig beachteten Kriegsschauplatz im säkularen Ringen zwischen Ost und West endlich liquidieren könnte. Und dies notabene, ohne dass die eine oder andere Seite den Triumph eines Totalsiegs verzeichnet!



Entgegen der landläufigen Meinung sehen sich nicht alle Bären ähnlich.

Genausowenig wie internationale Vermögensberater, wenn Sie sie sorgfältig unter die Lupe nehmen. Heute bedeutet es für den Anleger besonders viel, eine solide und langfristig orientierte Beratung zu erhalten. Die Bank Julius Bär, eine der führenden Schweizer Privatbanken, besitzt über 40 Jahre Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung. Wir operieren vom Hauptsitz Zürich aus und sind selbstverständlich auch in London und New York aktiv: Die enge Verbindung zwischen einem starken Team internationaler Vermögensberater und moderner Kommunikationstechnik ermöglicht rasches und erfolgreiches Reagieren auf die jeweilige Marktsituation.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking